

07.12.2023

## Kleine Anfrage 3062

der Abgeordneten Marc Lürbke und Dr. Werner Pfeil FDP

### **Wie versprochen, so gebrochen – erneuter Vertrauensbruch durch drastische Kürzung monatlicher Sonderzulage für Azubis der Feuerwehr Köln nach Hinweis des Innenministeriums?**

Der Fachkräftemangel stellt mittlerweile auch die Feuerwehr in Nordrhein-Westfalen vor Herausforderungen. Die Politik ergreift verschiedene Maßnahmen, um die Nachwuchssorgen zu lindern. Die schwarz-grüne Landesregierung plant beispielsweise die Anhebung der Altersgrenze für den Ruhestand der Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes von 60 auf 61 bzw. 62 Jahre, abhängig von der Laufbahngruppe. Die FDP-Landtagsfraktion stellt sich klar gegen die Pläne der Landesregierung und fordert die Landesregierung mit einem entsprechenden Antrag<sup>1</sup> dazu auf, an der Altersgrenze von 60 Jahren für alle Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes festzuhalten.

Die Stadt Köln ging einen anderen Weg: Medienberichten<sup>2</sup> zufolge beabsichtigte sie, potenziellen Nachwuchs durch eine bessere Bezahlung während der Ausbildung für den Feuerwehrberuf zu gewinnen. In der Ausschreibung wurde den Auszubildenden versprochen, dass ihnen nach der Hälfte ihrer Ausbildung ein Sonderzuschlag in Höhe von fast 1.200 Euro monatlich bezahlt würde. Tatsächlich bewarben sich daraufhin viele bereits im Beruf befindlichen Interessenten erfolgreich bei der Stadt Köln und sind nun in der Ausbildung.

Nach einem Hinweis des Innenministeriums in Nordrhein-Westfalen gab die Stadt Köln nun offiziell bekannt, dass es sich bei dem versprochenen Zuschlag für die Auszubildenden um einen Irrtum handelte. In der Ausschreibung zur Stufenausbildung wurde nach Angaben der Stadt Köln ein zu hoher Anwärtersonderzuschlag von 90 Prozent anstatt der eigentlich zutreffenden 35 Prozent angegeben. Die Stadt habe auch keine rechtliche Möglichkeit, an den 90 Prozent Sonderzuschlag festzuhalten.

Damit erhalten die Auszubildenden statt des zugesagten Sonderzuschlags in Höhe von 1.200 EUR künftig lediglich 460 Euro monatlich – also jeden Monate 740 Euro weniger als ursprünglich versprochen! Zunächst hatte die Stadt Köln sogar erwogen, die bereits ausbezahlten überhöhten Zuschläge bei den Auszubildenden zurückzufordern. Das hätte für jeden der Auszubildenden bedeutet, über 4.000 Euro an die Stadt Köln zurückbezahlen zu müssen. Von diesem Ansinnen ist die Stadt Köln dann jedoch abgerückt.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Drs. 18/6761.

<sup>2</sup> <https://www.ksta.de/koeln/koeln-stadt-zahlt-feuerwehr-azubis-750-euro-weniger-als-versprochen-683555>.

<sup>3</sup> <https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/stadt-koeln-azubis-feuerwehr-100.html>.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Auszubildende sind konkret von den Kürzungen bzw. möglichen Rückforderungen betroffen? (Bitte differenziert nach Ausbildungsstand sowie Alter der Auszubildenden darstellen).
2. Welche Auswirkungen werden die Kürzungen bzw. möglichen Rückforderungen angesichts der drastisch gestiegenen Lebenshaltungskosten auf die Lebenssituation und den konkreten Ausbildungserfolg der betroffenen Auszubildenden bei der Feuerwehr der Stadt Köln haben?
3. Was plant die Landesregierung, um das enttäuschte Vertrauen der Auszubildenden in die Zusagen der Stadt Köln wiederherzustellen sowie die damit verbundenen finanziellen Härten für die Auszubildenden aufzufangen?
4. Gibt es alternative Lösungsansätze, die die Stadt Köln hätte verfolgen können, um den in der Ausschreibung zugesagten Sonderzuschlag trotz des Hinweises des Innenministeriums zu gewähren?
5. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung bei den Feuerwehren - neben der Erhöhung der Altersgrenze für den Ruhestand - um dem Fachkräftemangel in dieser Berufsgruppe zu begegnen?

Marc Lürbke  
Dr. Werner Pfeil